

Systemnot und Fehlentwicklung in unserer gegenwärtigen Marktwirtschaft

Ist der wirtschaftliche Erfolg das höchste Ziel? Gibt es für die Masse der Menschen nichts anderes als verdienen und sich vergnügen? Ohne Zweifel gewinnt man diesen Eindruck, wenn man die Menschen in ihrem Alltag beobachtet und sich die Frage stellt, welche Bedeutung wohl andere Dinge für sie haben mögen, z. B. die Mitarbeit an der Gestaltung einer freien Gesellschaft, die Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes als einer großen Kulturnation, die Mitarbeit an der Zusammenführung der europäischen Völker, die Mitarbeit an der Bewahrung des Friedens in der Welt, die Mitarbeit an der Verständigung mit den erwachenden Völkern Asiens und Afrikas.

Nun, wir wollen nicht zu hart sein. Den jetzt lebenden Menschen ist in den vergangenen Jahrzehnten zuviel an Entbehrungen, Angst und Leid zugemutet worden. Ihre Gutgläubigkeit und ihre Begeisterungsfähigkeit wurden in einem ungeheuerlichen Ausmaß mißbraucht. Zu selten und zu kurz waren die Zeiträume, in denen es gut zu gehen schien, in denen man sich des Tages freuen und mit Zuversicht dem Kommenden entgegenblicken konnte.

Nur zu verständlich ist nach der überstandenen Not und Angst das Bestreben, den Augenblick zu nutzen und ein wenig zu genießen, das Bestreben, sich abzuschirmen gegen unnötige Gemütsbewegungen, die aus neuen Befürchtungen erwachsen könnten. Die Masse der Menschen wäre sicherlich überfordert, wenn man mehr verlangen würde.

Augenblickswohlstand allein genügt nicht

Aber da wächst eine neue Generation heran mit dem Blick auf die Zukunft, mit der Unbekümmertheit der Jugend. In ihr werden die Kräfte reifen, die hinausgreifen wollen über den Tag, die nach den übergeordneten Zielen fragen werden, die bereit sind, mitzuwirken am Aufbau einer neuen Welt.

Diese Jugend wird man nicht mit gängigen Redensarten abspeisen können, sie wird sich nicht mit dem billigen Trost des Freut-euch-des-Lebens zufriedengeben. Sie wird die inneren Widersprüche der gegenwärtigen Ordnung entdecken, sie wird eine neue Lösung finden wollen. Hinzu kommt die Herausforderung durch den Kommunismus.

Die Verantwortung für die junge Generation gebietet uns daher, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, der Masse der Älteren ihre Ruhepause zu gönnen, den Grundfragen unserer gegenwärtigen Ordnung des Zusammenlebens nicht auszuweichen. Vor allem, wenn es sich um Grundfragen handelt, deren Nichtbeachtung existenzbedrohend sein kann. Eine dieser Grundfragen besteht darin, daß wir den Menschen zwar das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zugestehen und verfassungsrechtlich garantieren, daß aber die Lebenswirklichkeit für viele anders aussieht. Ich erkenne an, daß der demokratische Rechtsstaat durchaus zuverlässige Grundregeln und Einrichtungen bietet, die als formale Voraussetzungen für die Verwirklichung der Selbstbestimmung gelten können. Ich bestreite keinesfalls die Bedeutung aller Anstrengungen auf dem Gebiet der Volksbildung für die Entwicklung eines neuen sozialen Selbstbewußtseins, für die Entwicklung demokratischer Lebensformen. Ich sehe sehr wohl die Gefahren für den Freiheitsspielraum der Menschen, die aus der zunehmenden Bürokratisierung unserer Gesellschaft entstehen, die aus den modernen zentralen Massenlenkungs- und Beherrschungstechniken erwachsen, die ja die Errichtung und Aufrechterhaltung von Minderheitenherrschaften ganz außerordentlich begünstigen. Und ich weiß um die Bemühungen vielfältiger gesellschaftlicher Kräfte um die Abwehr dieser Gefahren. Hier handelt es sich um Gebiete, auf denen in stetiger zielbewußter Arbeit der Gutgesinnten Schritt um Schritt Erfolge erzielt werden können.

Systemnot latente Krisengefahr

Anders steht es jedoch um die latente, die verdeckte Gefahr, die aus dem erwähnten Widerspruch zwischen verfassungsrechtlich zugestandener Selbstbestimmung und der Lebenswirklichkeit erwächst. Hier können Überraschungselemente wirksam werden, hier sind Vorkehrungen erforderlich, die, einmal verabsäumt, nicht beliebig nachgeholt werden können.

Worin besteht der Widerspruch zwischen Verfassungstext und Lebenswirklichkeit? Die meisten Menschen leben heute vom Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit. Sie verfügen über keine ins Gewicht fallenden Vermögensrücklagen. Ihre ständige Sorge ist die Ungewißheit, ob sie genügend gesichert sind vor dem Verlust ihrer Erwerbsgrundlage. Die Erfahrung hat sie gelehrt, daß immer wieder Wirtschaftsschwankungen eintreten und damit Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste für viele Menschen. Man wird vielleicht bestreiten, daß die Gefahr solcher Wirtschaftsschwankungen heute noch in gleicher Weise wie früher bestehe oder daß die Menschen sich dieser Gefahr überhaupt bewußt seien. Nun, ein großer Teil der arbeitenden Menschen weiß um die Arbeitslosigkeit aus eigener Erfahrung. Selbst diejenigen, denen dieses Mißgeschick persönlich erspart blieb, erinnern sich an die Formen der Abhängigkeit und der Erniedrigung, die auch sie auf sich nehmen mußten, wollten sie sich ihren Arbeitsplatz bewahren in einer Zeit, in der so viele darauf warteten, endlich einmal wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden. Ob die Gefahr einer Wirtschaftskrise mit größerer Arbeitslosigkeit überhaupt noch gegeben ist, darüber läßt sich mancher Wortstreit führen. Um das Risiko einigermaßen zutreffend einschätzen zu können, wird man näher untersuchen müssen, wo die wirklichen Gefahrenpunkte liegen, und ob die vorhandenen Mittel zu ihrer Beseitigung ausreichen.

Lassen wir hierzu einen der bekanntesten Verfechter der marktwirtschaftlichen Ordnung, Herrn Professor *Franz Böhm* aus Frankfurt/Main, zu Wort kommen. In einem Vortragszyklus in der Freien Universität, Berlin, hat er zum Thema „Freiheitsordnung und soziale Frage“ u. a. folgendes ausgeführt: ¹⁾

„... Es handelt sich (bei den Wirtschaftskrisen d. Verf.) um bestimmte, periodisch auftretende Störungen in den marktwirtschaftlichen Anpassungsvorgängen globalen Charakters, die in einer schwer zu erklärenden und vor allem sehr schwer zu beseitigenden Weise dem Gesetz der Kettenreaktionen — und zwar anpassungswidriger Kettenreaktionen — zu unterliegen scheinen. Dieser schwache Punkt der marktwirtschaftlichen Ordnung wird nicht nur deshalb angegriffen — und zwar von allen Seiten —, weil hier eine schlechthin sinnwidrige und gesellschaftlich nicht zu verantwortende Lahmlegung produktiver Kräfte und Fehllenkung individueller Planungen stattfindet, sondern auch deshalb, weil dieser Vorgang in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit die Schicht der Vermögenslosen besonders hart trifft, und zwar nicht nur diejenigen Individuen, die dann jeweils zur Arbeitslosigkeit oder zur Kurzarbeit verurteilt sind, sondern die Vermögenslosen als Klasse, indem das Entstehen von Arbeitslosenheeren, von industriellen Reservearmeen im Sinne von *Marx* also, die Position der Anbieter von Arbeitsleistungen als Marktpartei sozusagen auf Jahre hinaus schwächt, damit das Gefühl der Abhängigkeit von den Vermögenden verstärkt, das Selbstbewußtsein untergräbt und so den Zwang und die Problematik des Subordinationsverhältnisses verschärft ... Bei den Krisen handelt es sich... um eine echte Systemnot... Ja, es entsteht die bange Frage, ob das Problem überhaupt im Rahmen und mit den Mitteln einer marktwirtschaftlichen Ordnung einigermaßen zureichend gelöst werden kann, und diese bange Frage ist es, die diesem Anklagepunkt seine ganz besondere Schärfe verleiht...“

Durchaus zutreffend wird hier festgestellt, daß die Vermögenslosen, d. h. die Masse der Arbeitnehmer, besonders spürbar getroffen würden. Nun ist es durchaus richtig, wenn

1) Franz Böhm: Freiheitsordnung und soziale Frage. Vortragszyklus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Sommersemester 1953. Duncker & Humblot, Berlin, S. 83.

man in Zeiten, in denen das Wirtschaftsgeschehen mehr oder weniger reibungslos abläuft, nicht ständig auf die Möglichkeit der Krise starrt und sie damit vielleicht erst auslösen hilft, aber die „Vermögenslosen“ können keinesfalls ein Interesse an einer Betrachtungsweise haben, die zwar in Rechnung stellt, daß es da ein offenes Problem gibt, im übrigen aber darauf vertraut, daß doch gar nicht sicher sei, ob in absehbarer Zeit eine Störung eintrete und wenn, dann werde schon alles nicht so schlimm sein, irgendwie werde man schon damit fertig werden.

Sie müssen vielmehr die Verantwortlichen zwingen, bereits jetzt, wo es doch gut zu gehen scheint, geeignete Mittel und Methoden zu entwickeln und bereitzustellen, um gegebenenfalls rechtzeitig handeln zu können. Dieser Forderung wird man entgegenhalten, daß gerade dies in nahezu allen industriell entwickelten Ländern geschehe und man wird auf das so vielgestaltige Instrumentarium der Geld- und Kreditpolitik, der Haushaltspolitik, der öffentlichen Investitionspolitik usw. verweisen.

Aber sagt nicht selbst Professor *Böhm*, daß es sich um Vorgänge handelt „die dem Gesetz der Kettenreaktionen zu unterliegen scheinen“ und: „Es entsteht die bange Frage, ob das Problem im Rahmen und mit den Mitteln einer marktwirtschaftlichen Ordnung einigermaßen zureichend gelöst werden kann ...“? Besondere Aufmerksamkeit verdient der Begriff der „Kettenreaktion“. Andere Wirtschaftswissenschaftler umschreiben das Problem folgendermaßen: Wenn erst einmal ein gewisses Stadium des wirtschaftlichen Ungleichgewichts erreicht ist, dann treten Beschleunigungs- und Verstärkungseffekte auf. Sie haben ihren Ursprung in den Verhaltensweisen der wirtschaftenden Menschen, ihren Befürchtungen und Erwartungen. Ein gewisses Ausmaß an unkontrollierbarer Ansteckung läßt es zu Massenerscheinungen kommen, ein Schneeball kann zur Lawine werden.

Reichen die Instrumente aus?

Mian kann darüber streiten, ob die Lawine wirklich losbrechen wird oder nicht, keinesfalls kann man das mit Sicherheit ausschließen. Für diejenige Schicht unserer Bevölkerung, für die ein Konjunkturreinbruch mehr bedeutet als eine bloße Beeinträchtigung ihrer Chancen zur Vermögensmehrung, für die Arbeitnehmer, muß es von höchster Wichtigkeit sein, diese „*Lawinengefahr*“ zu überwinden. Nach *Böhm* handelt es sich um eine *echte Systemnot* der marktwirtschaftlichen Ordnung, und er ist nicht sicher, ob man dieser Systemnot mit marktwirtschaftlichen Mitteln beikommen könne. Als marktwirtschaftliche Mittel gelten wohl z. B. gewisse Mittel der Geld- und Kreditpolitik, auch der Politik der öffentlichen Haushaltsgebaren, vielleicht auch eine antizyklische Politik der öffentlichen Investitionen. Aber wird das alles ausreichen? Das ist die entscheidende Frage. Ausreichen, um bei drohendem Konjunkturabfall die Wirtschaftstätigkeit wieder anzukurbeln, und zwar bevor die „*Lawinenwirkung*“ eintritt, bevor die Menschen von Unruhe ergriffen werden und Verbrauch und Investitionen in wachsendem Maße einschränken.

Staatssekretär a. D. Dr. *Paul Binder*, Stuttgart, sagte anlässlich einer Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute zum Thema: „Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik“ u. a.:²⁾

„... . Wenn man einmal von diesen politischen Möglichkeiten absieht, dann wird der Fortgang der Konjunktur entscheidend durch die konjunkturpolitischen Auffassungen der Unternehmer und ihrer Bankiers bestimmt. Bei der Analyse dieses Sachverhalts komme ich zu dem Ergebnis, daß die Fortsetzung einer Konjunktur in erster Linie eine psychologische Angelegenheit ist. Über eines dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen: Auch eine inflatorische Geldpolitik wird nicht zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung beitragen, wenn die Unternehmer und die Bankiers in die Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Situation kein Vertrauen mehr haben. Dann wird auch billiges Geld sie nicht veranlassen, noch weitere Investitionen vorzunehmen . . .“

2) Dr. Paul Binder: „Ungeklärte Fragen der Konjunkturprognose und der Konjunkturpolitik“ in der Schrift „Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik“. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1956, S. 32.

FEHLENTWICKLUNG UNSERER MARKTWIRTSCHAFT

Dr. *Binder* unterstreicht damit die Schlüsselposition der privaten Investitionen, und zwar derjenigen Investitionen, über welche die Unternehmer und Bankiers zu entscheiden haben. Tatsächlich ist sich wohl heute die gesamte Wirtschaftswissenschaft darüber einig, daß diese Investitionsentscheidungen den neuralgischen Punkt jeder Politik der Beschäftigungssicherung ausmachen. In der modernen Industriegesellschaft entfallen weit über 50 vH aller privaten Investitionen auf ein paar hundert Riesenunternehmen. Die Leiter dieser Riesenunternehmen orientieren sich bei ihren Investitionsentscheidungen an den Rentabilitätsersparungen. Niemand kann von ihnen verlangen, daß sie, wenn sie mit einem Nachfragerückgang rechnen, gleichwohl weiter investieren und damit die Kapazitäten ausweiten. Hier wird die Kernfrage unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung berührt: Jede demokratische Regierung trägt heute, ob sie es will oder nicht, die Verantwortung für ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau. Dieses Beschäftigungsniveau ist Schwankungen unterworfen, und es ist eine offene Frage, ob die Regierungen überhaupt über die erforderlichen Instrumente verfügen, um diese Schwankungen in einem erträglichen Rahmen zu halten. Der Erfolg ihrer eigenen konjunkturpolitischen Maßnahmen kann in bestimmten Situationen davon abhängen, daß auch die Investitionstätigkeit der Großwirtschaft in die gleiche Richtung geht. Diejenigen, die letzten Endes über das Investitionsvolumen der Großindustrie bestimmen, müssen mitziehen. Ein solches Verhalten ist nun gar nicht selbstverständlich, und es gibt keine rechtliche Handhabe, das geforderte „Mitgehen“ zu erzwingen.

Anders lägen die Dinge, wenn die aus dem Eigentum erwachsenden Rechte der Regierung direkt oder indirekt zuständen, d. h. wenn sich die entscheidenden Bereiche der Großwirtschaft in Gemeineigentum befänden. Dann wäre es möglich, ein Parallelverhalten z. B. auf dem Gebiet der Investitionen sicherzustellen, denn es kann bei entsprechender Vorsorge, die natürlich vorausgesetzt wird, rasch gehandelt werden, die Ansteckungsgefahr ist ausgeschaltet. Natürlich wird es auch dann noch Wirtschaftsschwankungen geben. Die Anpassung an die sich verändernden Verbrauchsgewohnheiten, an die Veränderung der Außenmärkte, an die unterschiedlichen Wachstumsabläufe und Wachstumsrichtungen in der Wirtschaft werden nicht ohne Reibungsverluste und Umstellungsschwierigkeiten zu bewältigen sein. Aber sie brauchen keine existenzgefährdenden Ausmaße anzunehmen, sie werden nicht mit einer Lawinengefahr verglichen werden können. Und ohne Lawinengefahr lassen sich alle diese Verluste und Schwierigkeiten durch entsprechende Ausgleichsmaßnahmen in einem Rahmen halten, den auch die Arbeitnehmer als zumutbar empfinden.

Kann man das Risiko in Kauf nehmen?

Halten wir also fest: Ohne die Lösung des Widerspruchs zwischen dem Anspruch auf *Unverletzlichkeit der privaten Rechtssphäre auch im Bereich der Großwirtschaft* und der *Unmöglichkeit, ohne Einflußnahme auf die Investitionsentscheidungen in diesem Bereich* eine Politik der Beschäftigungssicherung betreiben zu können, bleibt jene *Systemnot* bestehen, die für die arbeitende Bevölkerung die Form einer stetigen Existenzgefährdung annimmt. Für sie bleibt es bei dem Widerspruch zwischen dem Verfassungstext und der Lebenswirklichkeit in bezug auf die Selbstbestimmung. Denn die stetige Existenzgefährdung beeinträchtigt die Stellung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft als Ganzes. Man ist nicht richtig frei und gleichberechtigt, wenn man für sein Arbeitsverhältnis stets in Rechnung stellen muß, daß der Unternehmer bei Gelegenheit das letzte Wort darüber zu sprechen haben wird, ob man weiterarbeiten darf oder nicht, und dies dann in Zeiten, in denen auch woanders Arbeitskräfte abgestoßen werden und vielleicht in einem Lebensalter, in dem ein neuer Anfang nicht leicht zu bewerkstelligen sein würde. Einige Jahre dauerhafter Vollbeschäftigung können zwar das Selbstbewußtsein der arbeitenden Bevölkerung außerordentlich heben und besonders in der jungen Generation ein starkes Vertrauen in die eigene Kraft und die eigene Zukunft wachsen lassen. Um so gefährlicher wäre es dann aber, es notfalls auf eine Krise ankommen zu lassen.

Dieses Risiko, das nicht ausgeschaltet werden kann, solange das Instrument der einheitlichen Investitionspolitik der öffentlichen Haushalte und der Großwirtschaft nicht gegeben ist, geht in unserer heutigen Gesellschaft nicht nur die Arbeitnehmer an. Es ist auch kein isoliertes Problem der deutschen Volkswirtschaft. Wir sind, ebenso wie andere Industrienationen, mit unseren weltwirtschaftlichen Beziehungen an einem Punkt angelangt, wo die Regierungen ihre Verantwortung für ein hohes Beschäftigungsniveau nur durch engste Zusammenarbeit bewältigen können, durch die Zusammenarbeit mit Regierungen, die ihrerseits ebenfalls über die notwendigen Vollmachten und Instrumente verfügen müssen.

Mit dem wachsenden Sozialprodukt wurden überall verbesserte Sozialleistungen möglich. Jedermann ist sich darüber im klaren, daß die Leistungen nur so lange erbracht werden können, wie die Wirtschaftstätigkeit weiter ansteigende Tendenz zeigt. Für die Bundesrepublik sei nur an die Leistungen der Kriegsopferversorgung und der Sozialversicherung erinnert. Und so wie in den hochindustrialisierten Ländern ein spürbares Nachlassen der Wirtschaftstätigkeit zu innenpolitischen Schwierigkeiten führen würde, wären die Auswirkungen verheerend für die Beziehungen zu den rohstoffproduzierenden Ländern, d. h. in erster Linie den Entwicklungsländern. Bei nachgebenden Preisen und verminderten Absatzchancen wären sie keinesfalls in der Lage, ihrer Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Sowjetunion würde ein dankbares Betätigungsfeld für ihren ideologischen Feldzug finden.

Aber auch ohne Krisenerscheinungen in der Wirtschaft der westlichen Welt wird hier ein ungleicher Wettkampf auszufechten sein. Mit der wachsenden Produktionskraft wird den Machthabern der Sowjetunion in absehbarer Zeit eine Fülle von Gütern und Dienstleistungen für die planmäßige Intervention in die Weltwirtschaft und dabei speziell für die Untermauerung ihrer Beziehungen zu den Entwicklungsländern zur Verfügung stehen. Hier werden zusätzliche Anstrengungen auf der Seite des Westens erforderlich sein. Ob die europäische Wirtschaft sie wird erbringen können, ohne daß hierfür neue Formen der Außenwirtschaftsbeziehungen entwickelt werden, soll jetzt nicht näher untersucht werden.

Zur Systemnot tritt die Fehlentwicklung

Sinn und Zweck unserer Darlegungen war, den entscheidenden Konstruktionsfehler der gegenwärtigen Marktwirtschaft hervorzuheben, für den Professor *Böhm* die Bezeichnung *Systemnot* gewählt hat. *Diese Systemnot steht der Entwicklung zu einer wahren Demokratie im Wege*, da sie für die arbeitenden Menschen die gesellschaftliche Ungleichheit bei formeller Gleichstellung begründet und außerdem eine Art Zeitbombe im Fundament der angestrebten Freiheitsordnung darstellt.

Diese Systemnot entspringt in erster Linie der Tatsache, daß in der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, sondern die Gewinnerzielung und -Vermehrung, dabei natürlich auch die Eroberung und Behauptung der Gewinnerzielungsplattformen in Gestalt der privaten Verfügungsgewalt über die großen Produktionseinheiten, den Hauptzweck der Wirtschaftstätigkeit ausmacht. Ohne Zweifel hat die nachhaltige Verfolgung dieses Gewinnerzielungszwecks gewissermaßen als Nebenerzeugnis auch eine Hebung des Lebenshaltungsniveaus der Masse mit sich gebracht. Aber abgesehen von der Frage, welcher Zusammenhang zwischen den Kriegskatastrophen, den Inflationen und diesem auf Gewinnerzielung abgestellten Wirtschaftssystem bestehen mag, haben wir ja zu untersuchen, ob dieses System den vor uns liegenden Aufgaben gerecht werden kann. Diese Untersuchung im Blick auf die heranwachsende Generation muß wohl die Möglichkeit in Rechnung stellen, daß wir vor weiteren Kriegskatastrophen bewahrt bleiben, und daß wir den Wettbewerb mit einem anders orientierten Wirtschaftssystem nicht wenden ausweichen können. Der Maßstab für die Beurteilung der Entwick-

FEHLENTWICKLUNG UNSERER MARKTWIRTSCHAFT

hing wird zwar auch darin bestehen, daß das Niveau der Lebenshaltung verglichen wird, darüber hinaus kommt es ohne Zweifel entscheidend auf den Freiheitsgehalt der Ordnungen an, auf die Möglichkeit eines erfüllten menschlichen Daseins im Sinne echter Persönlichkeitsentfaltung, auf den Beitrag zur Entwicklungshilfe für andere Völker.

Eine Gesellschaft des Überflusses ist möglich geworden

Beginnen wir mit der Betrachtung der Gegebenheiten: In den hochindustrialisierten Ländern sind die technischen Hilfsmittel und die Arbeitsmethoden entwickelt worden, die es bei vernunftgemäßem Gebrauch ermöglichen würden, allen dort lebenden Menschen ohne Ausnahme die Sorge vor Hunger und Elend zu nehmen. Die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit ist in den vergangenen 150 Jahren in früher unvorstellbarer Weise gewachsen. Hier sei nur ein Beispiel hervorgehoben: In seinem Werk „Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts“ stellt *Jean Fourastie* fest:³⁾

„Vor 1800 — und seit Jahrtausenden — wurde zur Erzeugung eines Zentners Getreide immer ungefähr die gleiche Zeit menschlicher Arbeit, nämlich drei Stunden, benötigt; in den letzten 150 Jahren sank die hierfür notwendige Arbeitszeit (einschließlich Bau und Transport des Mähreschers) weit unter 10 Minuten. So wird verständlich, warum der Preis eines Zentners Weizen, der vor 1800 in den fruchtbarsten Ländern ungefähr 20 Tagelöhnen entsprach, in den USA auf den Wert eines Tagelohnes herabgedrückt werden konnte, so daß sich die Kaufkraft des Hilfsarbeiterlohnes, ausgedrückt in Getreide, verzwanzigfachte. Dies ist die Grundtendenz der modernen wirtschaftlichen Entwicklung...“

Damit ist zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit in großen Gebieten unserer Erde die Voraussetzung für eine „Gesellschaft freier Menschen“ geschaffen. Solange die menschliche Arbeit überall gerade so viel erbrachte, daß man sein Leben knapp über der Hungerlinie fristen konnte, hätte auch die schärfste Gleichmacherei der Masse keine wesentliche Erleichterung bringen können. Es waren nur ganz dünne Schichten, deren Lebensstandard den der Masse erheblich überstieg. Die gleichmäßige Verteilung hätte das Problem nicht gelöst. Natürlicherweise wären immer wieder bevorrechtigte Schichten entstanden, deren höchstes Ziel es zu allen Zeiten war und ist, für sich und ihre Nachkommen einen Vorsprung zu sichern und das Hinabsinken in die Lebensumstände der Masse zu verhindern. Heute ist kein Grund mehr dafür vorhanden, warum nicht in den hochindustrialisierten Ländern dauerhaft und ohne das Risiko des absoluten Hungers und Elends allen Menschen ein gewisses Existenzminimum gewährleistet sein könnte. Damit sollte ein Grund gelegt sein für ein verändertes Verhältnis der Menschen zueinander und zu ihrer Umwelt. Frei von der Sorge um ihr tägliches Brot, da sie jederzeit in der Lage sein müßten, sich durch Arbeit ein nicht zu knappes Einkommen zu erwerben oder bei Erwerbsunfähigkeit entsprechend versorgt zu werden, könnten die Menschen versuchen, über die bloße Verfolgung materieller Ziele hinauszuwachsen. In einer solchen „entmaterialisierten“ Welt sollte sich der Mensch seines Wertes erst recht bewußt werden können, sollte er frei sein, der Entfaltung seiner Gaben, dem Dienst an der Gemeinschaft zu leben.

Die materiellen Möglichkeiten für ein solches verändertes Dasein sind, wie nicht bestritten werden kann, in den Industrieländern theoretisch wohl vorhanden. Wieso gelingt es nicht, die theoretische Möglichkeit zur Wirklichkeit werden zu lassen?

Zwischen Lebensstandard und Verbrauch bzw. Verschleiß unterscheiden

Betrachtet man das Wirtschaftsleben in einer modernen Industriegesellschaft, so erkennt man unschwer, daß es einer gewissen Eigengesetzlichkeit unterworfen ist. Der ganze Produktionsapparat muß sich ständig vergrößern und erweitern. Die Wirtschaft funktioniert

3) Jean Fourastié: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Bund-Verlag GmbH, KSIn-Deutz 1954, S 30.

nur, wenn der Verbrauch und der Verschleiß ständig wachsen. Sie dient nicht dem Menschen, indem sie seine natürlichen Bedürfnisse befriedigt und ihn vor vermeidbaren Beeinträchtigungen seiner Menschenwürde schützt und seine Persönlichkeitsentfaltung fördert, sie muß immer neue Bedürfnisse wecken und neue Absatzmärkte erschließen. Sie muß den Menschen zu ständig steigendem Verbrauch immer neuer Güter und Dienstleistungen bringen. Selbst das Baby in der Wiege scheint zunächst keinen anderen Daseinszweck zu haben, als „Verbraucher“ zu sein. In letzter Zeit sind eine Reihe von Stimmen laut geworden, die sich mit dieser Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft befassen. Da ist zunächst *Vance Packard* mit seinen „Geheimen Verführern“:⁴⁾

„Einmal konnte man dieses reiche, üppige Leben, zu dem die Menschen gelangten, mit begeistertsten Augen betrachten, weil jeder sich eines ständig steigenden Lebensstandards erfreuen konnte. Diese Ansicht wurde propagandistisch weidlich ausgeschlachtet. Man konnte es aber auch anders sehen: daß wir nämlich zum Besten unserer Wirtschaft, ob wir wollen oder nicht, mehr und mehr verbrauchen müssen.

Ende 1955 äußerte sich das Kirchenblatt *Christianity and Crisis* grimmig über ‚Amerikas immer mehr sich ausweitende Wirtschaft‘. Die Amerikaner unterlägen dem Zwang, zu konsumieren, zu konsumieren und zu konsumieren, ob wir nun die Erzeugnisse, die uns beinahe aufgezwungen werden, wünschen geschweige denn benötigen oder nicht‘. Das Blatt fügte hinzu, die Dynamik eines immer mehr sich ausweitenden Systems erfordere geradezu, daß wir ‚zum Verbrauch verführt werden, um den Notwendigkeiten des Produktionsprozesses zu entsprechen‘...

Die Gefahr ... hat ein leitender Mann des Verlages *McGraw-Hill* in der Ausgabe des *Advertising Age* vom 24. Oktober 1955 recht beredt zusammengefaßt. Er erklärte: ‚Wir sind als Volk bereits so reich, daß der Verbraucher nicht unter dem Druck unmittelbarer Notwendigkeit steht, einen sehr großen Teil — vielleicht sogar 40 Prozent — dessen zu kaufen, was produziert wird; und in den kommenden Jahren wird dieser Druck zunehmend geringer werden. Wenn aber die Verbraucher sich dafür entscheiden, auf die Abnahme eines großen Teils der Produktion zu verzichten, liegt eine schwere Depression nicht mehr in weiter Ferne‘.“

Im Zusammenhang mit dem Streit um ein Bundesrundfunkgesetz äußerten sich die deutschen Bischöfe kürzlich in einer Verlautbarung⁵⁾: „... Wir beobachten heute in der wirtschaftlichen Werbung eine immer stärker werdende Hemmungslosigkeit. Die Produktion richtet sich vielfach nicht nach dem vom Menschen her bestimmten Bedarf, sondern ruft im Interesse einer nicht vertretbaren Vorstellung von Wirtschaftsdynamik unbegrenzt neue Bedürfnisse künstlich hervor ...“

In einem Vortrag befaßte sich *E. F. Schumacher* vom National Coal Board, London, mit dem gleichen Problem. Er sagte u. a.⁶⁾:

„... Die Technik im Dienste des Profitstrebens entwickelt sich fast ausschließlich in Richtung auf Steigerung der sogenannten Produktivität, ganz gleich was produziert wird, für wen produziert wird, und ob das Produkt dem Menschen dient oder nur den Verschleiß fördert... Es hat sich eingebürgert, den Lebensstandard an dem Wert der Güter und Dienstleistungen zu messen, die durchschnittlich, je Kopf der Bevölkerung, im Lauf eines Jahres verbraucht werden. Verbrauch aber bedeutet Zerstörung. Wenn es also gelingt, den Umsatz zu steigern und die Zerstörungsrate zu heben, dann sagen wir, der Lebensstandard sei gestiegen... Mit anderen Worten, wir sind dazu verführt worden, den Lebensstandard am Verschleiß zu messen ..., daß wir in einer Wirtschaft leben, die sich keine menschlich sinnvollen Ziele setzt, in der alles immer nur ‚passiert‘; daß die bestehende Wirtschaftsmethode dauernd vor der Notwendigkeit steht, durch intensivste

4) Vance Packard: Die geheimen Verführer. Econ-Verlag GmbH., Düsseldorf 1958, S. 29.

5) Verlautbarung der deutschen Bischöfe zum Entwurf des Bundesrundfunkgesetzes, 9. Dez. 1959. Abgedruckt als Beilage zur Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

6) E. F. Schumacher: Die neue technische Entwicklung und die Gewerkschaften, Österreichischer Gewerkschaftsbund 1959, S. 15, 4, 5.

FEHLENTWICKLUNG UNSERER MARKTWIRTSCHAFT

Werbung dem Menschen einzureden, daß er mehr braucht, als er hat, und daß er gerade das braucht, was zufällig eben von irgendeinem Techniker erfunden und von irgendeinem Geschäftemacher produziert worden ist...“

Hier ist gleichermaßen klar erkannt, daß man sich einer Eigengesetzlichkeit, die die erwähnten Ergebnisse zutage fördert, nicht unterwerfen kann.

Die Verteilung von Arbeit und Muße

E. F. Schumacher versucht herauszuarbeiten, welche Gesichtspunkte für eine neue Ordnung von Bedeutung sein könnten. Er will z. B. die Frage beantwortet wissen: „... Wie kann man ohne dauernde Steigerung des Verschleißes allen Bevölkerungsteilen einen ausreichenden Lebensstandard verschaffen? ... In einer vorwiegend kapitalistischen Wirtschaft ist dauernde Vollbeschäftigung unweigerlich mit dauernder Expansion verbunden. Wie könnte man die Vollbeschäftigung wahren, ohne dauernde Expansion? Natürlich schlage ich nicht vor, auf eine dauernd unterbeschäftigte Wirtschaft hinzuarbeiten. Es ist also eine Frage, wie man Arbeit und Muße vernünftig verteilen kann ...“⁷⁾

Er hält es für selbstverständlich, daß die Wirtschaftskraft der hochentwickelten Länder groß genug ist, um alles das herzustellen, was wirklich benötigt wird, und er macht diejenigen lächerlich, die glauben, daß „alles, was aus privater Tasche bezahlt wird, den Lebensstandard erhöht, während alles, was aus öffentlichen Haushalten bezahlt wird, den Lebensstandard mindert oder jedenfalls ‚bedroht‘, und darum möglichst knapp gehalten werden muß“⁸⁾.

Eine solche Perspektive erscheint durchaus realistisch. Drängen sich doch auch anderen Autoren ähnliche Betrachtungsweisen auf. Es ist außerordentlich interessant, in diesem Zusammenhang auf eine Veröffentlichung von *Herbert Groß* zu verweisen, die vor einiger Zeit unter der Überschrift „Der ‚gemachte Markt‘ in unserer Zeit“ in den *Gewerkschaftlichen Monatheften* erschienen ist⁹⁾:

„Das Arbeitszeitproblem ist heute eine Frage des Konsumstils, geboren aus wachsender Produktivität. Es entspringt der Frage, ob der Zuwachs der Produktivität zu mehr Lohn, zu mehr Freizeit oder zu einer Mischung von beiden führen soll. In diesem Sinne gibt es drei Phasen des Arbeitszeitproblems:

a) Abbau der Arbeitszeit aus sozialen Gründen (Kinderarbeit, 48-Stunden-Woche, Frauenarbeit usw.). Diese Phase ist weitgehend beendet.

b) Abbau der Arbeitszeit als Konsumfaktor. Wir stehen inmitten dieser Phase und erkennen, daß der moderne Konsumstil nicht nur Geld, sondern auch Zeit erfordert. Die 40-Stunden-Woche hat in der Neuen Welt eine neue Wohnweise und eine neue Beschaulichkeit ausgelöst. Ihr verdanken ganze Wirtschaftszweige ihre Entstehung, und so wurde sie zu einem Werkzeug des »gemachten Marktes‘. Spiel, Sport, Lesen, Hausmusik — selber machen —, Gartenarbeit und der gesamte Bereich der schöpferischen Arbeit zu Hause, der Arbeit um ihrer selbst willen, der unbezahlbaren und unbezahlten Arbeit, eröffnen einen neuen Lebensstil für alle. Es ist die Arbeit als Selbstzweck, Arbeit ohne Entgelt; wie *Leopold Ziegler* es nennt: ‚Keinem wirtschaftlichen Beweggrund ist es gestattet, die klare Wahrheit von der Unbezahlbarkeit aller Menschenarbeit zu verdunkeln; indem Arbeit lediglich getan wird, um die Menschenseele nicht brachliegen und verderben zu lassen, und nicht einmal getan wird, um natürliche Bedürfnisse zu befriedigen ..., wonach der Mensch nur völlig Mensch ist, wenn er spielt.‘

c) Abbau der Arbeitszeit ist Abschied von der Wirtschaft zum Selbst. Diese dritte Stufe wäre die Vollendung eines langen Weges aus der Wirtschaft, nicht als Askese oder Flucht aus der Wirtschaft, sondern als Folge der technischen Fülle, die uns entläßt zu uns

7) A.a.O. S. 13.

8) A.a.O. S. 14.

9) GM Februar 1957. S. 78.

selbst. Früher verkaufte man seine Zeit, um Geld zu haben. Jetzt beginnt man, mit seinem Geld Zeit zu kaufen, indem man auf die theoretisch mögliche, aber sittlich gefährliche Fülle der Wirtschaft von einem bestimmten Punkte an verzichtet. Vor hundert Jahren ließ man sich die steigende Produktivität fast ganz in Gütern und Diensten auszahlen. Im Laufe dieser hundert Jahre hat man sich etwa drei Fünftel in der Form von Freizeit — durch Abbau der Arbeitszeit — und nur zwei Fünftel in der Form zusätzlicher Güter und Dienste auszahlen lassen. Bei dieser Entwicklung beginnt das Qualitative an die Stelle des Quantitativen zu treten: Die moderne Technik läßt einen Zeitpunkt erkennen, von dem ab der Abbau der Arbeitszeit keine Konsumsteigerung mehr auslöst, sondern von dem ab eine nichtwirtschaftliche Ära als Frucht hoher Produktivität entsteht ...“

Er erweckt allerdings den Anschein, als hielte er es für möglich, eine solche Entwicklung im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft zu halten. Eine solche Entwicklung müßte zwar durchaus vereinbar sein mit der Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft im Sinne freier Konsumwahl und freier Arbeitsplatzwahl und eines großen Bereiches für die private Initiative, aber die Wendungen: „Die moderne Technik läßt einen Zeitpunkt erkennen, von dem ab der Abbau der Arbeitszeit keine Konsumsteigerung mehr auslöst, sondern von dem ab eine nichtwirtschaftliche Ära als Frucht hoher Produktivität entsteht“ zeigt doch deutlich, daß es hier in dem Bereich der Großwirtschaft nicht mehr den absoluten Vorrang der Gewinnerzielung geben kann.

Der Mensch im Produktionsprozeß

Unsere Betrachtung ist bisher nur auf die Sicherung eines ausreichenden Lebensstandards und auf die Freizeit abgestellt worden. Zu kurz gekommen ist die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß. Der Zustand einer dauerhaften Vollbeschäftigung ändert bereits durch seine Dauerhaftigkeit die Stellung der Arbeitnehmer in der Gesellschaft. Sie bewußt weiter zu entwickeln, damit über Selbstbestimmung und Mitbestimmung *eine neue, diesmal auch in der Lebenswirklichkeit demokratische Ordnung* entstehen kann, dazu bedarf es besonderer Anstrengungen z. B. auch auf dem Gebiet der Volksbildung. Die materiellen Voraussetzungen können geschaffen werden, wenn man den Verschleiß vermindern kann. Gleichzeitig aber muß die Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, die Technik dem arbeitenden Menschen dienstbar zu machen. *E. F. Schumacher* sagte in dem erwähnten Vortrag dazu¹⁰⁾:

„Daß es hier verschiedene Wege der Technik gibt — Entwicklungen, die den arbeitenden Menschen degradieren und ruinieren, und Entwicklungen, die ihn fördern und stärken — darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Aber hier ist noch viel geistige und praktische Arbeit zu leisten. Eine grundsätzliche Klärung dieser Problematik ist bisher noch nicht erfolgt, obwohl es 80 Jahre her ist, seit *Nietzsche* den Industriearbeiter als den ‚Lückenbüßer der menschlichen Erfindungsgabe‘ bezeichnete. Er ist immer noch der Lückenbüßer, der eben gerade dort hingestellt wird, wo eine Lücke in der Mechanisierung geblieben ist, d. h. wo es billiger ist, einen Menschen hinzustellen statt eine Maschine. Und seine Lückenbüßerstellung wird sich unter der Konkurrenzwirtschaft auch kaum ändern können, weil in dieser Wirtschaft die Kalkulation notwendigerweise an der Spitze steht und es wichtiger ist, verkäufliche Ware als vollentwickelte Menschen zu produzieren ...“

Alle derartigen Ziele lassen sich nur erreichen, wenn in den Großunternehmen so disponiert werden kann — natürlich unter Beachtung des Grundsatzes: bestes Ergebnis mit geringstem Aufwand —, daß letzter Maßstab die Förderung des Gesamtwohles ist und nicht die bloße Gewinnmaximierung. Die Beachtung eines solchen Maßstabes für die

10) A.a.O. S. 15.

FEHLENTWICKLUNG UNSERER MARKTWIRTSCHAFT

Entscheidungen der Großunternehmen kann nur gefordert werden, wenn keine Rechte aus dem Privateigentum entgegenstehen, d. h., wenn diese Unternehmen in Gemeineigentum überführt sind.

Falls man gewillt ist, eine neue Zukunft zu gestalten, falls man nicht alles dem Zufall überlassen und vielleicht neue Katastrophen in Kauf nehmen will, dann bleibt die Ablösung des Profitstrebens als oberstes Gesetz unserer Wirtschaft auf der Tagesordnung des politischen Geschehens. Die Gewerkschaften als die Wahrer der Interessen der arbeitenden Bevölkerung können es nicht darauf ankommen lassen, daß die Zeitbombe *Systemnot* irgendwann hochgeht, und sie können nicht an der Aufgabe vorbeigehen, durch die Entmaterialisierung unseres Daseins auf dem Wege über die systematische Auswertung unserer Produktivkräfte *der Demokratie die erforderliche Untermauerung zu geben*. Verfassungstext und Lebenswirklichkeit müssen auch für die arbeitende Bevölkerung in Übereinstimmung gebracht werden.